

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 30. Jänner 1924.

Nr. 26.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Bestellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzzährig . . . . . 192.—

Abrechnung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

## Furcht vor den Geheimarchiven.

In einigen tschechischen Parteien macht sich vor den Geheimnissen der ehemaligen österreichischen Geheimarchive eine Furcht bemerkbar, die schon an Panik grenzt. Kein Wunder, denn durch eines der aus den Schränken dieser Archive hervorgeholten Dokumente wurde vor einigen Tagen eine der stärksten Säulen der tschechischen Politik, ein anscheinend Unüberwindlicher, mit jähem Schlag gefällt: Karl Prašek! Nichts vermochte seine Stellung zu erschüttern und nichts das Vertrauen seiner Partei zu ihm trübten, nicht die Tatsache, daß er durch die Politik zum vierzigfachen Millionär geworden ist, nicht seine im Interesse der Spiritushändler vorgenommenen Bestechungen und nicht einmal der deutlich an den Tag gelegte Wille des Präsidenten der Republik, ihn von seiner Stelle als Senatspräsident entfernt zu sehen. Doch da traf ihn das Geschick, dem er erlag, der aus dem Archiv der Wiener Kabinettskanzlei ausgegrabene Brief seines Bruders Wenzel Prašek, ein Brief, in dem sich dieser zu Beginn des Krieges der Hofkanzlei zu politischen Spießdiensten anbot. Es gehörte nicht viel Phantasie dazu, um zwischen Wenzel und Karl Prašek die Verbindung herzustellen. Damit, aber auch erst damit war es um Herrn Karl Prašek geschehen. Den Vorwurf, daß sie einen Korruptionisten schütze, konnte die tschechische Agrarpartei auf diesem ihrem Führer angesichts der herrschenden Landessitten ruhig sitzen lassen, den Verdacht dagegen nicht, daß er, der jetzige Senatspräsident, für die Hofkanzlei Franz Josefs indirekt als Konfident tätig war. Dieser Pfeil aus dem Hinterhalt streckte ihn zu Boden.

Dieses war ein Pfeil! Wer kann nun wissen, wieviel solcher tödlich wirkender Pfeile gegen andere im Vordergrund des politischen und nationalen Lebens wirkende Personen noch in den alten österreichischen Geheimarchiven sich verbergen? Welche Furcht macht diese Wiederholungen? Wie denn, wenn eines Tages aus den alten Schränken die Gespenster der Vergangenheit heraussteigen und sich neue Opfer holen? Wie, wenn das, was Prašek jetzt widerfuhr, morgen anderen passiert, die sich heute, wie es die Anpassung an die Zeitverhältnisse erfordert, mit der Gloriosa des tschechoslowakischen Patriotismus umgeben? Wie viele sind es, die noch ruhig schlafen können, da sie das Damoklesschwert neuer Enthüllungen, welche mit Hilfe der Dokumente aus den österreichischen Geheimarchiven bewerkstelligt werden könnten, über ihren Häuptern hängen sehen. Man bedenke doch nur, daß alle österreichischen Regierungen und Behörden jahrzehntelang mit Fleiß „Material“ gegen alle nichtdeutschen Politiker, darunter die tschechischen, sammelten, sowohl was ihre antipatriotische, als auch ihre „staats-treue“ Tätigkeit betrifft. Im Außenministerium, im Ministerium für Landesverteidigung, im Ministerium, in der Hofkanzlei, in den Polizeidirektionen, in den Statthaltereien, aber auch in den untergeordneten politischen Amtsstellen waren die Sammelstellen für vertrauliche Berichte, Briefe und Protokolle, welche das eifrig geförderte Denunziantenwesen über alle im politischen Leben Tätigen zustandebachte. Was von diesen Schriftstücken, Briefen, „Informationen“ und Denunziationen noch vorhanden ist, wer kann dies wissen? Während des Umsturzes ging wohl gewiß ein Teil der kompromittierenden Dokumente bei verschiedenen Amtsstellen in Flammen auf und der tschechoslowakische Staat hat sich der in den Wiener Ministerien erliegenden und ihm durch den Friedensvertrag zugesprochenen Dokumente eifrig bemächtigt, aber niemand vermag zu garantieren, ob damit alles Material in Sicherheit gebracht wurde, ob sich nicht noch irgendwo kompromittierende Akten befinden oder ob nicht von manchen Schriftstücken Abschriften sich in Händen befinden, die vom Standpunkte des entsetzten tschechoslowakischen Patriotismus als unberufene bezichtigt werden müssen. Dazu

## Räumung des Ruhrgebietes?

Der Effekt der Zusammenkunft Poincaré-Tasjer. — Eine Forderung der englischen Arbeiterregierung und des Sachverständigenausschusses.

Paris, 29. Jänner. Nach einem Brüsseler Telegramm des „Ceclair“ ist bei den französisch-belgischen Besprechungen in Paris am Sonntag von einer Räumung des Ruhrgebietes die Rede gewesen, die von den Sachverständigenkomitees empfohlen worden wäre. Auch André Tardieu stellte dies in seinem heutigen Leitartikel im „Echo National“ fest.

Berlin, 29. Jänner. Die „P. Z.“ am Mittag bringt eine Meldung der „La Libre Belgique“, wonach in der Ruhrfrage eine neue Orientierung Poincarés eingetreten sei. Es erscheine die Idee einer Freigabe der Ruhr gegen die Aufnahme einer internationalen Anleihe durch Deutschland zur Begleichung der französischen und belgischen Reparationsforderungen möglich. Einer solchen Lösung würde auch die englische Arbeiterregierung zustimmen, so daß ein Bruch zwischen England und Frankreich vermieden werden könne. Die Ruhrfrage sei nicht nur durch den englischen Regierungswechsel, sondern auch durch die Tätigkeit der ersten Sachverständigen-

kommission brennend geworden, welche sich darüber einig sei, daß Deutschland über die Einkünfte aus dem Ruhrgebiete verfügen müsse, um sein Budget balancieren zu können. (Die „Libre Belgique“ ist ein der belgischen Regierung nahestehendes Blatt.)

**Poincaré wird viel daran setzen müssen . . .**

Paris, 29. Jänner. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ berichtet, daß er nach dem letzten Ministerrat von einer offiziellen Persönlichkeit erfahren habe, daß sowohl Frankreich wie auch Belgien von dem Wunsche besetzt sind, alles daran zu setzen, um mit der englischen Regierung freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und eventuell auf dem Wege der lokalen Zusammenarbeit mit den Alliierten zu einer Regelung der Reparations- und der Rheinlandfrage sowie zur Durchführung des Versailler Vertrages im allgemeinen zu gelangen.

## Macdonalds Außenpolitik im Vordergrund.

London, 28. Jänner. Am späten Nachmittage fand eine Kabinettsitzung statt, nachdem Macdonald im Außenamt die Befanden der auswärtigen Mächte empfangen hatte. Macdonald setzte kurz die Richtlinien seiner Politik gegenüber Frankreich, Italien, Belgien und Japan auseinander. Nach dem „Evening Standard“ habe Macdonald die Prüfung einer Reihe von Dokumenten und des Materials zur Anerkennung Rußlands, über die separatistische Bewegung in der Pfalz, die Reparationen und andere auswärtige Fragen von hervorragender Bedeutung so gut wie beendet. Macdonald habe die Absicht, in Uebereinstimmung mit allen seinen Ministern eine direkte und umfassende Außenpolitik zu verfolgen.

## China begrüßt die englische Regierung.

Hongkong, 29. Jänner. Sunjatsjen hat Macdonald telegraphisch einen brüderlichen Gruß übermittelt und hat ihn aufgefordert, China als zivilisierte Nation anzusehen.

## Drohender Doharbeiterstreik.

London, 29. Jänner. (Reuter.) Der Exekutiv-ausschuh der Union der Doharbeiter beschloß, für den Fall, daß bis dahin ihr Lohnkonflikt nicht erledigt ist, den Streik zu erklären.

## Beendigung des englischen Eisenbahnerstreikes.

London, 29. Jänner. (Reuter.) Der Eisenbahnerstreik wurde um 5 Uhr morgens beigelegt. Die streikenden Parteien einigten sich in der gestrigen von einem durch den Kongreß der Gewerkschaftsorganisationen ernannten Ausschusse einberufenen Sitzung. Die Konferenz begann um 9 Uhr abends und dauerte acht Stunden. Sofort nach Beendigung der Konferenz haben die vereinten Verbände der Maschinenführer und Heizer Maßnahmen für die Wiederaufnahme der Arbeit getroffen und man konnte bereits mittags eine bedeutende Besserung im Verkehr konstatieren. Man hofft, daß der normale Betrieb bereits heute nachts fast vollständig aufgenommen wird.

## Tschitcherin wird Lenins Nachfolger?

Moskau, 29. Jänner. (Reuter.) Wie verlautet, wird Tschitcherin Vorsitzender der Volkskommissare des Sowjets werden. Trotski, welcher aus dem Kaukasus, von wo er ausdrücklich abberufen wurde, in Moskau eintraf, nahm Sonntag nachmittag an dem Leichenbegängnisse Lenins teil.

kommt die Beforgnis, ob das in die Tschechoslowakei hinübergerettete Aktenmaterial von unparteiischen Händen behütet wird, welche einen „Mißbrauch“ desselben verhindern. Wie sollen so manche der heutigen nationalen Helden ihres Lebens froh werden, solange die Möglichkeit besteht, daß die Geheimarchive aus der österreichischen Vergangenheit zu sprechen anheben? Es klang daher wie ein Schrei aus gereinigter Seele, als die „Lidove Listy“, das Organ des tschechischen Ministers Monsignore Sramel, nach der Veröffentlichung des Prašekbriefes aufrief, ein solcher „Skandal“ dürfe sich nicht wieder ereignen, daß wichtige Dokumente in die Redaktionen von Zeitungen gelangen, welche sie nach Bedarf zur Kompromittierung mißliebiger Personen ausschroten. Die tschechischen tschechoslowakischen Länder jenseits der Grenze, unerschütterlich, eine Interpellation durch ihre Abgeordneten an. Die Aufregung der frommen Herren macht ein gerade jetzt vor dem Obersten Gericht zu Ende geführter Prozeß erklärlich. Im Juni 1919 hatte das „Pravo Lidu“ gegen den ehemaligen Prager Kateder und jetzigen tschechoslowakischen Abgeordneten P. Roudnich die Beschuldigung erhoben, daß er als Feldkurat in der Zeit des Krieges eine Predigt gehalten habe, in der er die tschechischen Soldaten an ihren Treueid erinnerte und sagte, die Ermordung des Thronfolgers müsse gesühnt werden.

Den in den Spitälern liegenden tschechischen Soldaten habe er ihr schmähliches Verhalten vorgeworfen und statt sie zu trösten, mit dem Aufhängen und Erschießen bedroht. Vater Roudnich klagte wegen dieses Artikels Arnau, den verantwortlichen Redakteur des „Pravo Lidu“ und das Gericht verurteilte ihn im Mai 1923 zu drei Monaten Arrest, bedingt auf drei Jahre. Am letzten Freitag verhandelte das Oberste Gericht über die gegen das Urteil eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde, die mit der erstaunlichen Begründung verworfen wurde, das Vorgehen des Vater Roudnich müsse vom Standpunkte der damaligen Zeit beurteilt werden; Roudnich habe nur im Geiste der seinerzeitigen Erlasse an die Militärgesellschaften gehandelt, im übrigen sei der Wahrheitsbeweis nicht gelungen. Es sei hier weniger die juristische Seite des Urteils hervorgehoben, als der dem Prozesse zugrundeliegende Tatbestand selbst. Hier stand ein tschechischer Militärgesellschaft vor Gericht, der heute als tschechoslowakischer Abgeordneter unter den nationalen Helden und Erbpädern des tschechoslowakischen Staatswesens paradiert darf. Wie viele der tschechischen Geistlichen haben im Kriege als Feldkuraten das gleiche getan! Es war doch ihr Krieg, der Krieg, den die tschechoslowakischen Nationen in Oesterreich innigst herbeigesehnt hatten, weil sie von ihm die Verkerlichung des Staates erwarteten!

## Der italienische Wahlkampf.

Von unserem italienischen Berichterstatter.

Der italienische Wahlkampf — wenn diesmal von einem Kampfe die Rede sein kann, — hat begonnen. Obwohl die Parteien der Opposition ihre Wahlparole noch nicht ausgegeben haben und noch im Unklaren sind über ihre Taktik, ist doch durch die Haltung der Regierung der leitende Gedanke der Wahlkampagne festgelegt worden. Und als leitenden Gedanken finden wir einen alten Bekannten wieder: den langbewährten sozialistischen Opportunismus, der den Begriff des Regierungsmandates unabhängig von dem der Parteizugehörigkeit prägt.

Man hatte sich eigentlich gedacht, daß ein fascistischer Wahlkampf eine gradlinige, scharfkantige Manifestation der fascistischen Partei sein werde, mit scharfer Abgrenzung nach rechts und links. Man sollte meinen, daß die herrschende Partei in Italien heute die Kraft hätte, sie selbst zu sein und nicht bei den verachteten Parteien der Demokratie und des Liberalismus nach Anhang herumhauseren brauchte. In Wirklichkeit weiß aber der Faschismus, sowie er das Gebiet der Taktik und der Methode — Knüttel, Rhizinusöl und Maßregelung — verläßt, nicht recht, was es heißt, er selbst zu sein und wie er sich von den anderen konservativen Parteien unterscheidet. Er kann sich nicht um ein Programm scharen, weil er keines hat, nur um ein Parteiabzeichen. Ein solches genügt freilich, um einen intransigenten Wahlkampf durchzuführen, aber es genügt nicht, um ein Parlament zu schaffen, mit dem Mussolini regieren kann. Darin ist nämlich Mussolini seinen Vorgängern in der Taktik ungeheuer überlegen, daß ihm viel weniger daran liegt, seine Machtprobe zu geben, als sich eine Machtbasis zu schaffen. Er weiß sehr gut, daß er mit einer intransigenten fascistischen Mehrheit, die ihm alle Inkompetenz, alles Strebertum, alle Säuptlinge der lokalen Clans der Provinz, in der Kammer abladen würde, nicht regieren kann. Daher erklärt er, die Mehrheitsliste nicht auf die Namen der Parteigänger zu beschränken, sondern „politische Persönlichkeiten der andern Parteien“ in sie einzubeziehen.

Diese Taktik, die man als einen Beweis der politischen Weisheit des Ministerpräsidenten verberllicht, hat einen zweifachen Zweck. Einmal soll sie die beängstigende Leere an persönlichen Werten im fascistischen Lager verdecken, dann aber — und das ist der Hauptzweck — soll sie die nichtfascistischen Teile des Landes für die Mehrheitsliste der Regierung gewinnen.

Gerade hier liegt eine charakteristische Eigenheit des heutigen Wahlkampfes. Bei allen früheren Wahlkämpfen boten Südtalien und die Inseln das große Reservoir für die ministerielle Mehrheit. Diese politisch und wirtschaftlich rückständigen Regionen hatten keine eigentliche Parteibildung; sie kannten nur politische Klientelen. Sie wendeten ihr Vertrauen lokalen Größen zu,

und ebenso wie die tschechischen tschechoslowakischen Merikalen an ihre österreichische Vergangenheit nicht gern erinnern wollen, so auch die tschechischen Nationalsozialisten, die Agrarier und die Nationaldemokraten. Selbst den Kommunisten Dr. Smeral überläuft eine Gänsehaut, wenn er an die österreichischen Geheimarchive denkt. Darum sind sie sich alle darin einig, daß der Inhalt dieser Archive die tschechischen politischen Parteien nie wieder beunruhigen dürfe. Weil in ungeklärten Zeitverhältnissen deutsche Eisenbahner und Staatsangestellte nicht sofort den Treueid dem tschechoslowakischen Staate leisten wollten, wurden tausende von ihnen ihrer Existenz beraubt. Wie viele aber der tschechischen patriotischen Helden gibt es, die in der österreichischen Zeit sich gegen das eigene Volk noch ganz anders verhalten haben! Der tschechoslowakische Staat, so wird erklärt, gehört den Tschechen, denn sie allein hätten für ihn gekämpft, darum könnten auch die Deutschen darin keine gleichen Rechte beanspruchen. Aber öffnet die Geheimarchive und man wird sehen, was es mit diesem „Kämpferium“ bei vielen der heute Mächtigen auf sich hat. Öffnet die Geheimarchive und die Herren, die alle Rechte im Staate für sich arrogieren, werden erleichen, wie Macbeth, als Banquos Geist an der Tafel der Schmausenden erschien!

unter denen sich oft große Redner und gelegentlich auch bedeutende Staatsmänner befanden. Der Abgeordnete war für das Gros der dortigen Wähler der Mann, der Gefälligkeiten erwidern, Gefälligkeiten, die mit der Bewilligung öffentlicher Arbeiten im Wahlkreis anfangen und bis zur Vergabung kleiner Verbecher und zur Bewilligung von Orden und Würden herunterschließen. Er kandidierte nicht als Vertreter einer Partei oder eines Programms, sondern wegen seiner persönlichen Beliebtheit und als Sachwalter mehr oder weniger rechtmäßigen Interessen. Mit der Aufhebung des Einzelwahlkreises schied sich diese persönliche und lokale Auffassung des politischen Mandats verlieren zu müssen. Wo es ganze Listen zu wählen galt, genigten die Gefälligkeiten und das persönliche Ansehen des Einzelnen nicht mehr; logischerweise hätte ein Programm, eine Idee an ihre Stelle treten sollen, aber diese logische Entwicklung zu höheren politischen Formen verhindert die heutige Regierungsgestalt, die den Begriff der Partei zurückdrängt, um an die lokale und persönliche Klientel anzuknüpfen. Und was geschieht dies, weil der Süden und die Inseln antifascistisch sind.

Es ist eine außerordentlich interessante geschichtliche Erscheinung, daß der im Zeichen des Knüppels erfolgte Siegesmarsch des Faschismus in Süditalien, in Sizilien und Sardinien halt machen mußte. In diesen Gegenden kannte man seit Menschenedenken die politische Gewalttätigkeit als einen Machsfaktor, der in vielen Fragen entschied. Man verstand sich auf sie, man sah es als Ehrensache an, ihr mannhaft stand zu halten. Sowohl der Calabrese als der Sizilianer und der Sarde dachten nicht daran, sich vor dem Knüppel zu ducken; das war eine Form der politischen Auseinandersetzung, auf die er zu antworten verstand. So wurde das, was einst die politische Vendée Italiens war, zu einer Art Oase der Reaktion gegen den Faschismus. Diese Provinzen traten ihre Aufgabe, ministerielle Abgeordnete zu liefern, dem Norden und Zentrum des Landes ab. Die monarchistische antifascistische Bewegung des „Soldino“ (5-Centesimi-Münze mit dem Bilde des Königs) in Sizilien hat dem Faschismus zu Anfang manche böse Stunde bereitet.

Die Wahlkraft der Regierung nagelt nun diesmal die süditalienische Opposition in ihrer eigenen Rückständigkeit fest, macht sich aus dieser Rückständigkeit einen Hebel für die Regierungsinteressen. Man nimmt die repräsentativen Männer des Südens, die Calandra, Orlando und De Nicola und trägt sie einfach in die faschistische Mehrheitsliste ein. So macht man sie und ihr persönliches Ansehen zum Köder, mit dem man Stimmen für die Regierungsliste fängt. Es ist schwer, sich einen Grad tieferer politischer Unmoralität vorzustellen. Drehte man früher dem Süden aus seinen politischen Untugenden einen Strid, so tut man es heute aus seinen Tugenden, aus seiner Anhänglichkeit an die politisch bedeutenden Persönlichkeiten seiner Heimatsscholle. Sogar den früheren Unterrichtsminister Rasi, den der Senat wegen administrativer Unkorrektheit verurteilt hat, hat der Faschismus durch Rückgabe all seiner Orden verschönt, um die ihm ergebene Provinz Trapani zu gewinnen.

Die unter dem Namen der faschistischen Verschönerung inszenierte moralische Erpressung die man an der konstitutionellen Opposition des Südens und der Inseln vübt, gibt der Regierung die Gelegenheit oder doch den Vorwand, eine andere widerwärtige Form der Wahlmanipulation durchzuführen. Das Prinzip der Majoritätsverletzung will freilich der Regierung eine ausgiebige Mehrheit sichern, indem es der Liste, die die höchste Stimmenzahl erzielt, auch wenn es nur 25 Prozent der abgegebenen Stimmen sein sollte, zwei Drittel aller Mandate zuspricht, aber es will auch der Opposition ein Ventil lassen, indem es ihr eben die Minderheitsliste überläßt. Mussolini streckt nun aber die Hand auch nach dem der Minderheit zustehen-

den Drittel der Mandate aus, indem er erklärt: Die Regierung wird das Aufstellen von „Zeitenlisten“ dulden, d. h. sie wird diejenigen verfassungsgemäßen Listen nicht bekämpfen, die, obwohl nicht faschistisch, keinen Oppositionscharakter gegen die Regierung haben; um aber sicher zu sein, wird sie in diese „Zeitenlisten“ auch Mitglieder der faschistischen Partei als Kandidaten eintragen. Dazu ist sie um so mehr berechtigt, als sie ja in die Mehrheitsliste Leute aufnimmt, die nicht Mitglieder der faschistischen Partei sind. Auf diese Weise sucht also das Kabinett sein eigenes Gesetz zum Narren zu halten und Faschisten in der Mehrheit und in der Minderheit wählen zu lassen.

Wie man sieht, sind es nicht eben Friedensschalmeien, die den Wahlkampf einleiten. Auch seine materielle Durchführung verspricht nicht übermäßig glanzvoll zu werden; wenigstens hat die faschistische Parteileitung einem faschistischen Schriftsteller Massimo Morca ihre Mißbilligung ausgedrückt, weil er in einigen Artikeln energisch gegen die Anwendung der Gewalt Stellung genommen hat.

Die verschiedenen Parteien der Opposition, nämlich die Merisitani, die Republikaner, die Einzelsozialisten, Maximalisten und Kommunisten, sind sich über ihre Wahlhaltung noch nicht im Klaren. Die bloße Andeutung der Wahlhaltung wurde feinerseit von der Faschistenpresse als „schwerste Propagation“ bezeichnet. Die Kommunisten sind für einen Block aller Parteien, die die Wiederherstellung von Gesetz und Recht anstreben. Leider, leider hat es den Anschein, als ob dieser Block nicht zustande kommen wird, ebenso wenig wie eine allgemeine Stimmeneinhaltung der Opposition, wodurch die Kammer gleich als Regierungskammer das Licht der Welt erblicken würde.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß dieser Wahlkampf in einem für die regierende Partei sehr günstigen Augenblick fällt, da der Abschluß des Bündnisses mit Jugoslawien von allen Seiten als ein Glück für Italien begrüßt wird. Auf dieses Bündnis ist freilich der Faschismus nicht gestoßen, in dem er die Strafe seiner nationalistisch-imperialistischen Zwangsvorstellungen verfolgte, sondern vielmehr durch völliges Abbiegen von dieser Strafe. Aber das vermindert sein Verdienst nicht. Es gereicht vielmehr Mussolini zur Ehre, daß er seine Parteihetoreik und seine Pose als „starker Mann“ ausgegeben hat, um etwas für sein Land und für den europäischen Frieden zu tun. Es ist verständlich, daß die Regierung dem neuen Bündnis, das den Kriegsindustrien so ungelogen kommt, keinen antifranzösischen Charakter zu verleihen sucht; das ändert aber an der Tatsache nichts, daß Frankreich die aus dem Kriege hervorgegangenen Staaten Mitteleuropas als seine Domäne ansah, als Einflußzonen seiner Politik und Finanz, und sehr ungern eine italienische Konkurrenz auf diesem Gebiete geduldet hat. Zu bedauern ist, daß der Faschismus durch die Großräuberei und den mangelnden Sinn für Verantwortung seiner Mitglieder immer alles verderben muß, was er gut gemacht hat. Der oberste Sekretär der faschistischen Partei, ein gewisser Giunta (der seinerzeit im Parlament mit einem Revolver erschien) hat dieser Tage in einer großen Rede in Neapel und getan, daß Mussolini seine Vertragsverhandlungen mit Jugoslawien erst eingeleitet habe, nachdem er 50.000 Mann Infanterie und so und soviel Artillerie an der Grenze angehäuft hatte, außer 100.000 Mann Faschisten der Miliz, die „Sprungbereit“ waren! Solche Sachen kann die Regierung nachträglich dementieren; wenn sie von dem höchsten Vertreter ihrer Parteiorganisation kommen, werden sie aber dadurch nicht entkräftigt. Für Italien und für Europa wäre es besser, wenn das Bündnis mit Jugoslawien nicht im Zeichen der „Sprungbereitschaft“ geschlossen worden wäre. Für die faschistische Partei und für Mussolinis Ansehen im Auslande wäre es besser

gewesen, wenn Giunta nicht aus der Schule geblüht hätte.

Mussolini ist schön und biegsam, wie Giolitti, aber er kann nicht so vorsichtig sein, wie der große Piemontese. Dieser hat sich seine Leute wählen können; Mussolini ist von den Seinen gewählt worden und verbraucht jetzt einen guten Teil seiner großen Energie, die Leute los zu werden oder zu dressieren, die ihm zur Macht verholfen haben und jetzt die Grundlage dieser Macht systematisch unterwühlen.

## Telegramme.

### Der preußische Landtag fordert die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 29. Jänner. Der preußische Landtag behandelte heute einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes, der von dem Abg. Mayer aus Ostpreußen begründet wurde. Nach einer Aussprache, in der der demokratische Abgeordnete Dr. Preußa erklärte, seine Partei werde für den kommunistischen Antrag stimmen, da nach der Weimarer Verfassung die Herrschaft der Zivilexekution über das Militär aufrecht erhalten werden solle und Abgeordneter Duttner (Sozialdemokrat) die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Ausdrücke brachte, daß sich der Ausnahmezustand gegen Bayern als wirkungslos erwiesen habe, wurde der Antrag mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten angenommen.

### Ein Beschluß des Parteivorstandes.

Berlin, 29. Jänner. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Parteivorstand hielt heute eine Sitzung ab, in der er einstimmig folgenden Beschluß faßte: Der Parteivorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei stellt fest, daß zur Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes kein Grund besteht, und daß die zahllosen Uebergriffe der militärischen Befehlshaber geeignet sind, das öffentliche Leben zu beeinträchtigen und die Verletzung der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Reaktion zu lähmen. Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes bedeute einen Verstoß gegen die Verfassung. Der Parteivorstand erwartet daher, daß der Ausnahmezustand endlich ohne Verzug beseitigt wird.

### Die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks beseitigt.

Berlin, 29. Jänner. (Eigenbericht.) Der Deutsche Eisenbahnerverband führte unter seinen Mitgliedern eine Abstimmung darüber durch, ob die Verlängerung der Arbeitszeit angenommen oder der Streik erklärt werden solle. Das Ergebnis dieser Erhebung steht noch nicht endgültig fest, jedoch ist schon jetzt anzunehmen, daß die für den Streik erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht zustande gekommen ist. Da auch andere Eisenbahnerorganisationen von vornherein sich gegen den Streik ausgesprochen, dürfte dieser als abgewendet zu betrachten sein.

### Die Einheitsfront der arischen und semitischen Nationalisten.

Berlin, 29. Jänner. (Eigenbericht.) Der Verband nationalgesinnter deutscher Juden hat gestern eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der sich die offiziellen Redner ganz im Sinne der ehrgeizigen Nationalisten äußerten. Der Reichstagsabgeordnete der deutschen Volkspartei Morath begrüßte die Redner zu ihren Ausführlungen, die das Herz jedes deutschen Nationalisten erwärmen. Als hierauf der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Ostler Cohen gegenüber den Ausführlungen des Vorsitzenden Raumann, daß das Deutschland mit allen Mitteln erhalten werden müsse, die Frage aufwarf, ob denn

die Erhaltung des Deutschlands, das sich zur Reaktion bekenne und zum Revanchekrieg aufrufe, einen zweiten Weltkrieg wert sei, erhob sich in der Versammlung ein ungeheurer Tumult, der auch durch die Aufstimmung des „Deutschlandliedes“ nicht beschwichtigt werden konnte. Die Schutzpolizei mußte schließlich die Räumung des Saales vornehmen.

### Revolutions-Delirien der Ruth Fisker.

Berlin, 29. Jänner. (Eigenbericht.) Nachdem auf dem letzten Kongreß der kommunistischen Internationale in Moskau der rechte Flügel der kommunistischen Partei Deutschlands abgefragt worden ist, macht sich jetzt eine schärfere Tonart der gegenwärtigen Zeitung mit Ruth Fisker und Maslow an der Spitze bemerkbar. In einem Aufruf des „Direktoriums“ der KPD wird der Sozialdemokratie der Kampf angefragt und der „linke Flügel“ der Partei als gefährlicher bezeichnet als die „Reformisten“. In dem Aufruf wird weiter ausgeführt, daß die KPD eine Scharte auszuweihen habe, es seien schwere Fehler wieder gut zu machen, die Partei müsse das Vertrauen zur eigenen Kraft und das Vertrauen der Massen wieder gewinnen. Das Direktorium empfiehlt die Wiederaufnahme der revolutionären Offensive. Da die revolutionäre Entwicklung nicht schnell genug verlaufe, soll die Revolution gemacht werden...

### Korruption hüben und drüben.

(Ober: Gleich und Gleich geießt sich gern.)

Paris, 29. Jänner. In den beiden Kammerungen von heute kamen die Mißbräuche, welche anläßlich der Abschätzung der Kriegsschäden in den befreiten Gebieten enthalten worden sind, und die seit langem den Tagesstoff der Presse bildeten, zur Sprache. Die Atmosphäre in der Kammer war sehr geladen und es ist nur der Wachsamkeit und dem rechtzeitig eingetragenen Eingreifen des Ministerpräsidenten zu verdanken, daß die Gegenüber nicht heftig aneinandergerieten. Seitens der Regierung wurde neuerdings erklärt, es sei ihr daran gelegen, die Fehler, die unterlaufen sind, richtigzustellen und daß die Ueberzahlungen baldmöglichst an die Staatskassa zurückzuführen sollen. Die Kammer stimmte infolgedessen den Anträgen der Abgeordneten Derris und Ringuier zu, daß alle Posten, bei denen die Kriegsschäden auf über 500.000 Frank geschätzt wurden und die von der 1921 von Loucheur eingeleiteten Untersuchungskommission nicht nachgeprüft worden sind einer neuen Revision unterzogen werden. Abg. Ringuier kündigte unter dem Beifalle der Kammer an, daß auf diese Weise der Staatskasse ein bis drei Milliarden zuzuführen werden. Die Finanzkommission wird morgen den definitiven Text revidieren und ihn der Kammer vorlegen.

### Wenn der Frank fällt...

Paris, 29. Jänner. Die Glasbläser der Glasfabriken in der Umgebung von Paris haben beschlossen, in den Streik zu treten, da ihrer Forderung nach einer 20prozentigen Lohnerhöhung nicht entsprochen worden ist.

### Andere Schmerzen haben sie nicht!

Wien, 29. Jänner. Wie die konservative Korrespondenz meldet, beabsichtigt die Partei der österreichischen Monarchisten im Nationalrat die Frage des Vermögensausgleiches mit der Habsburger Familie zur Sprache zu bringen. Die Partei hat bereits ihren (natürlich antisozialistischen) Abgeordneten Wense eine ungefähr 100.000 Unterschriften enthaltende Petition übergeben, ferner beabsichtigt sie auch außerhalb des Nationalrates eine Propaganda zu entfalten, die für den Vermögensausgleich mit den Habsburgern Stimmung machen soll.

## Fünfzig Jahre Schreibmaschine.

Es ist fünfundsiebenzig Jahre her, seit in dem kleinen Städtchen Illion im Mohavkatal in Amerika die Erzeugung von Schreibmaschinen begonnen wurde. Damals ahnte man noch nicht, daß sie einst berufen sein werden, das ganze Geschäftsleben zu revolutionieren. Mehr und mehr haben sie die Handchrift verdrängt und die rationellere Ausnützung der Zeit im Geschäftsverkehr ermöglicht. Aus Anlaß dieses Jubiläums hat die historische Gesellschaft von Berlin in Amerika einen kleinen Festband herausgegeben, der über die Geschichte der Schreibmaschine reiches Quellenmaterial bringt.

Die erste Aufzeichnung über eine Schreibmaschine findet sich in den Akten des Britischen Patentamtes. Sie zeigen, daß am 7. Jänner 1714, also vor mehr als zwei Jahrhunderten, von einem englischen Ingenieur Henry Mill ein Patent auf eine Schreibmaschine genommen wurde. Davon ist keine Beschreibung und auch kein Modell erhalten geblieben. Das Geheimnis nahm der Erfinder ins Grab mit. Ihm bleibt aber das große Verdienst, der Vater dieser Idee zusein.

Im Jahre 1784 wurde wieder eine Maschine erfunden, die in geprüfter Blindenschrift arbeiten sollte. Auch von dieser Maschine ist nichts mehr bekannt.

Das erste amerikanische Patent auf eine Schreibmaschine erhielt 1829 William Austin Burt von Detroit, der auch der Erfinder des Sonnenkompasses war. Sein einziges Modell wurde bei einem Brande im Jahre 1836 zerstört.

Man hat später nach den vorhandenen Aufzeichnungen ein neues Modell hergestellt, das auf der Kolomons-Ausstellung im Jahre 1833 zu sehen war. Damals war die Typen noch nicht auf einzelnen Zeilen, sondern auf einem Kreisabschnitt angeordnet. Man fand noch keinen geeigneten Namen dafür und nannte sie Births Familienbriefdruckmaschine. Dann kam 1833 der Franzose Xavier Projan aus Marseille mit einer Maschine, die er Typographie nannte. Sie enthielt sieben Typenhebel, die in einem Kreise angeordnet waren und nach oben einen gemeinsamen Mittelpunkt erreichten. Alle heutigen Schreibmaschinen sind nach zwei Grundzügen erbaut: mit Typenrad und mit Typenhebeln. Diese beiden Grundzüge finden sich schon bei diesen beiden ersten Maschinen vor. Projan wollte nur so schnell schreiben, wie man es mit der Feder konnte.

Die Erfindung des Telegraphen, die eine elektrische Druckvorrichtung schuf, gab den neuen Anstoß zur Idee einer Schreibmaschine. Eine solche, in Verbindung mit dem Telegraphen meldeten Alexander Bain und Thomas Wright im Jahre 1840 an. Diese wertlose Erfindung wurde von einem Modell von Charles Thurber aus Worcester übertrifft, der es 1843 patentieren ließ. Es enthielt einen bemerkenswerten Fortschritt: genauen Abstand der Buchstaben, der durch seitliche Fortbewegung einer Platte erreicht wurde. Dieser Gedanke ist bei allen heutigen Maschinen angewendet. Diese Maschine arbeitete ausgezeichnet. Aber der Druckmechanismus war für den praktischen Gebrauch zu schwach. Smithsonian Institution in Washington besitzt ein solches Modell dieser nicht weiter erzeugten Maschine. Im Jahre 1845 stellte Huber noch eine andere Maschine her,

die für den Gebrauch von Blinden dienlich und die Bewegungen der Hand leiten sollte. Kurz darnach kam der Blinde Pierre Foncault in Paris mit einer Maschine heraus, die geprägte Buchstaben erzeugte. Sie erregte große Aufmerksamkeit und erhielt auf der Weltausstellung von London 1851 die goldene Medaille. Eine dieser Maschinen war durch lange Zeit in verschiedenen Blindeninstituten in Europa in Verwendung. Keine kam in allgemeinen Gebrauch.

Erst die Amerikaner machten sich daran, praktische Schreibmaschinen herzustellen. Oliver Eddy's Neuerung in Washington im Jahre 1851 war bestimmt, Druckchrift und Schreibschrift für den täglichen Gebrauch zu erliegen. Der Erfinder starb ganz arm, nachdem er viel für seine Sache gepöpstelt hatte. Seine Maschine war für den praktischen Gebrauch zu unzulänglich. In den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts wurden diese Erfindungen sehr zahlreich. Bemerkenswert war da die Maschine des Herausgebers des „Scientific American“ Beach, die 1856 einen Fortschritt erkennen ließ. Ihre Typenhebel waren im Kreise angeordnet, sie schlugen in einen gemeinschaftlichen Mittelpunkt, genau so wie die heutigen Schreibmaschinen. Wie viele andere Erfindungen dieser Zeit, war auch sie für die Blindenschrift gedacht. Sie arbeitete langsam und schrieb nur auf einem schmalen Papierstreifen.

Einem Klavier ähnlich war die Maschine, die Dr. Francis im Jahre 1857 in New York patentieren ließ. Sie soll rascher geschrieben haben als mit der Hand, aber sie war für den laienmännlichen Beruf zu teuer. Dann kamen noch viele andere Erfindungen. Es waren jedoch nur unbedeutende Verbesserungen. Erst im Jahre 1867

begannen die Erfinder der ersten erfolgreichen Maschine ihre Arbeit, die dem Zwecke dienen sollte, damit Zeit zu ersparen. Im Winter 1866 machten sich drei Männer in einer kleinen Maschinenwerkstätte, in Milwaukee an die Arbeit. Unter ihnen war Sholes der geistige Urheber. Früher Journalist, träumte er immer davon, ein Millionär zu werden. Das gelang ihm mit der neuen Maschine. Durch eine Mitteilung über eine der früher erfundenen Maschinen wurde er dazu gebracht, sich diesem Fach zu widmen. Im Herbst 1867 war die erste Maschine fertig. Sie hatte viele Fehler, aber sie schrieb genau und rasch. Damit wurden Briefe an verschiedene Freunde geschrieben. Erst 1873 wurde sie für den allgemeinen Gebrauch vervollkommenet, und nun kam Densmore, der mit Sholes verbunden war, zu den Remingtonwerken in Illion und brachte ein durch sechs Jahre vervollkommenetes Modell einer Schreibmaschine mit, das soweit war, daß man darangehen konnte solche Maschinen in den Handel zu bringen. Dort wurde ein Kontrakt unterzeichnet, der der Verbreitung dieses Hilfsmittels die Wege ebnete.

Seither erfuhr die Schreibmaschine mannigfache Verbesserungen und eine Reihe von Systemen entstand. Erst seit etwa fünfzehn Jahren haben die Schreibmaschinen mit sichtbar Schrift die alten Systeme verdrängt, die mit verdeckter Schrift arbeiteten. Eine Menge neuer Fabriken und Modelle wurde geschaffen. Unter diesen hat sich diese Maschine so eingebürgert, daß man sie sich aus dem Geschäftsleben nicht mehr vorstellen könnte.

G. Walter.

### Neue Lohnkämpfe in Wien.

Metallarbeiter und Industrieangestellte.

Wien, 29. Jänner. (Eigenbericht.) Außer den Metallarbeitern stehen jetzt auch die Industrieangestellten vor einer Lohnbewegung. Sie stellen die Forderung nach Erhöhung der durch die fortdauernde Teuerung weit überholten Gehälter auf, welches Verlangen die Unternehmer nicht nur ablehnten, sondern mit der Gegenforderung beantworteten, in die Verlängerung der Arbeitszeit einzuwilligen, wobei sie zugleich mit einem möglichen Gehaltsabbau zu drohen die Kühnheit hatten. Eine Vertrauensmännerversammlung der Industrieangestellten hat heute einstimmig beschlossen, das Verlangen der Unternehmer mit Entrüstung abzulehnen und dem Unterhändlerkomitee uneingeschränkte Vollmacht für sein weiteres Verhalten zu geben.

### Die Bethlen-Regierung schüßt die Massenmörder.

Budapest, 29. Jänner. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm der Minister des Innern die von den weißen Terroristen nach dem Sturz der Kun-Regierung begangenen Greuelthaten in Schutz. Er leugnete nicht die begangenen Missetaten und gab auch zu, daß im Sturme der Revolution Unschuldige getötet wurden. Trotzdem sei die Regierung nicht in der Lage, gegen die Missetäter einzuschreiten, weil sie durch die vor Jahren erfolgte Amnestie von der Verantwortung befreit worden sind.

Diese Worte lösten große Sturmstürmen bei den Linksparteien aus.

### Zu Hause inkarnieren, in London den Biedermann spielen!

Budapest, 29. Jänner. (Eigenbericht.) Der heute vormittags abgeschlossene Ministerrat beschloß, alle von der Opposition eingebrachten Anträge auf Aufhebung des Numerusclausus und der Interniertenlager abzulehnen. Vormittags fand zwischen dem Ministerpräsidenten Bethlen und dem Abgeordneten Peidl, dem Führer der sozialdemokratischen Fraktion, eine vertrauliche Besprechung statt, der in politischen Kreisen große Bedeutung beigelegt und die in Zusammenhang gebracht wird mit den Konferenzen, die Bethlen mit den sozialistischen Ministern im englischen Arbeiterkabinett gehabt hat. Schon vor Wochen verlautete, daß Peidl nach London eingeladen worden sei, um dort über die politischen Verhältnisse in Ungarn Aufklärung zu geben.

### Tschitscherin gegen das Unrecht in der Tschchoslowakei.

Paris, 29. Jänner. Der Moskauer Korrespondent des „Temps“ hatte am Samstag eine Unterredung mit Tschitscherin, der sich namentlich über die Außenpolitik Sowjetrußlands äußerte und ihren pazifistischen Charakter betonte. Tschitscherin kam auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu sprechen und erwähnte in dieser Verbindung den französisch-tschchoslowakischen Vertrag und die daran anknapfenden Kommentare in der Presse, in denen auf die Vermittlerrolle der Tschchoslowakei hingewiesen worden ist. Tschitscherin sagte wörtlich: „Wir haben grundsätzlich immer ein direktes Einvernehmen ohne Vermittlung angestrebt, doch wird die sympathische Rolle der Tschchoslowakei immerhin von Wichtigkeit sein. Wir sind über die wesentlichen Linien der tschchoslowakischen Politik informiert, nur sollte die Tschchoslowakei aufhören, unseren Gegenrevolutionären Unterstützung zu geben und sie zu erhalten.“

### Nach dem Kriege blüht der Sklavenhandel.

Athen, 29. Jänner. In der Nationalversammlung wurde die Regierung über das Schicksal der griechischen Kriegsgefangenen, die im Innern der Türkei sich in Gefangenschaft befinden, interpelliert. Eine andere Interpellation befahte sich mit den Gefangenen, die entgegen dem Lausanne Vertrag immer noch in Kleinasien zurückgehalten werden und mit den Mädchen und Knaben griechischen Ursprungs, die sich in türkischen Harem befinden.

In Begründung der Interpellation heißt es, daß von 125.000 von den türkischen Behörden verhafteten gesunden Männern bloß 6500 Griechen ausgewiesen wurden. Ein Grieche, der zwei Universitätsdiplome besitzt, wurde für fünf türkische Pfund verkauft. Die Interpellanten wollen der Regierung in ihrem Bestreben der Wiederherstellung normaler Beziehungen mit der Türkei nicht hinderlich sein und fordern bloß, daß Maßnahmen zum Schutze der Landsleute getroffen werden.

### Das internationale Arbeitsamt.

Genf, 29. Jänner. (Schw. Dep. Ag.) Heute, Dienstag, beginnt die 21. Session des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes. Zum erstenmale wird als Vertreter in der britischen Regierung eine Frau in Verwaltungsrat sitzen, nämlich Margaret Bondfield, Parlamentsschreiberin des Arbeitsministeriums in der neuen Regierung Macdonald.

# Der Kostenaufwand für die Sozialversicherung.

## Ein Referat des Direktors der Pensionsanstalt Professor Schönbaums. Die Sozialversicherung um die Hälfte billiger als die Pensionsversicherung. — In 20 Jahren 400.000 Rentner mit 500 Millionen Kronen Bezügen. — 3.200.000 Versicherte. — Verhältnismäßig geringe Kosten.

In der gestrigen Sitzung der Sozialpolitischen Ausschusses gab Dr. Schönbaum ein umfangreiches Referat über den mit der Sozialversicherung verbundenen Kostenaufwand.

Es ist vor allem ein Irrtum, wenn man vom finanziellen System der Vorlage als von einem System des Kapitalertrages spricht, wobei die Art gemeint ist, mit der sich private Versicherungsinstitute Mittel verschaffen. Wahr ist, daß die Vorlage nach dem Grundsatz gearbeitet ist, alle Ausgaben der Zentralversicherungsanstalt — nehmen wir den staatlichen Zuschuß aus — finden ihre volle Deckung in den Einnahmen der Zentralsozialversicherungsinstitute, die in den Versicherungsgebühren bestehen. Die Funktion der Zentralsozialversicherungsinstitute ist auf dem Grundsatz des Selbstbehaltens aufgebaut und von jeder Staatshilfe unabhängig. Der Motivenbericht steht auf dem Grundsatz, daß ein großer Teil der Lasten auf die zukünftige Generation übertragen wird, aber dies geschieht nach einem Plane mit genauer Abwägung der finanziellen Folgen jeder Bestimmung über die Ausgaben.

Ein Grundsatz der Vorlage ist weiter die Voraussetzung der ewigen Existenz der Zentralsozialversicherungsinstitute, mit deren Ende nicht gerechnet werden muß, zum Unterschied von einer privaten Versicherung, die liquidieren kann. Wenn wir den Kostenaufwand der Pensionsversicherung mit dem der Sozialversicherung vergleichen, finden wir, daß die Sozialversicherung um die Hälfte billiger ist, woraus der Vorteil des gewählten Systems und die Notwendigkeit einer Reform der Pensionsversicherung ersieht. Alle europäischen Staaten haben sich bei der Sozialversicherung zu einem ähnlichen Finanzsystem, wie wir, entschieden, nur in Oesterreich wurde im Jahre 1923 der Antrag einer Pensionsversicherung überreicht, der das System des Kapitalertrages verläßt, aber nicht infolge neuer wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern durch Zwang der besonderen Verhältnisse der österreichischen Pensionsversicherung. Dieser Antrag wurde aber bisher nicht durchgeführt.

In zwanzig Jahren werden große Verpflichtungen der Zentralsozialversicherungsinstitute vorhanden sein. Sie wird zu der Zeit etwa 400.000 Rentner mit Renten von 500 Millionen Kronen jährlich haben, zu deren Sicherstellung etwa fünf Milliarden notwendig wären. Weiter werden wir 3.200.000 Versicherte haben, von denen viele 20 Jahre bereits Beiträge gezahlt haben, so daß auf jeden etwa zweieinhalbtausend Kronen zur Befriedigung der sehr bedeutenden Ansprüche entfallen. Daraus ersieht, daß die Teuerung und das System sehr mächtig ist, zum Unterschied von der Pensionsversicherung und anderen Sozialversicherungen, zum Beispiel der englischen.

Wenn der heutige Stand der Bank- und Sparkasseneinlagen angeführt wird, so ist es nötig, zu bedenken, daß binnen drei Jahren an Ersparnissen in Geldinstituten in Böhmen, Mähren und Schlesien an zehn Milliarden freiwillig erfolgt wurden, während aus der Alters- und Invalidenversicherung jährlich etwa 500 Millionen und später immer weniger erlegt werden sollen.

### Radets Rüssel.

Moskau für die deutschen Putschisten.

Seute liegt uns in der bolschewistischen Moskauer „Pravda“ vom 20. Jänner der Wortlaut der Resolution vor, die die letzte Parteikonferenz der kommunistischen Partei Rußlands nach einem Bericht Stawins über die internationale Lage angenommen hat, um ausdrücklich von dem „rechten Kurs“ Radets und seiner engeren Freunde in der deutschen Partei (Brandler, Thalheimer, Walscher usw.) abzurufen. Die Resolution, die in interessanter Weise die detaillierte Einmischung der russischen Bolschewik in die inneren Verhältnisse der deutschen kommunistischen Partei beleuchtet, lautet wörtlich. Der Parteivorstand beschließt:

- 1. Die Linie des Zentralkomitees für richtig zu befinden, wie sie den Thesen über die Lehren der deutschen Vorgänge zugrunde liegt.
- 2. Die Politik des Zentralkomitees zu billigen, die auf eine Uebereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Zentralkomitees gerichtet ist und ein Zusammenarbeiten mit der „Linken“ herbeiführen will.
- 3. Den Beschluß des Zentralkomitees vom 27. Dezember 1923 zu billigen, der feststellt, daß Genosse Radet in der deutschen Frage sich falsch aufgeführt hat und ferner konstatiert:

- a) Genosse Radet steuert seinen Kurs vollständig auf die Unterföhrung der rechten Minorität des Zentralkomitees der KPD, und auf die Desavouierung des linken Flügels der Partei, wodurch objektiv ein Zerfall der deutschen kommunistischen Partei droht, trotzdem das Politbüro des ZR der KPD seine Politik vollständig auf die Unterföhrung der großen Mehrheit des ZR der KPD auf die Zusammenarbeit mit der Linken eingestellt hat, bei Kritik ihrer Fehler und unter Anerkennung dessen, was an ihr richtig ist und bei gleichzeitiger Kritik der schwersten Fehler der Rechten.

Redner bespricht dann die Belastung der Arbeitgeber und der Volkswirtschaft ausführlich. Der im Motivenbericht angeführte Betrag von 738 Millionen ist absichtlich überschätzt; es wurde auf zwölf Prozent der unversicherten Personen und auf die Lohnreduzierung im Jahre 1923 nicht Rücksicht genommen. Die Einführung der Invaliden- und Altersversicherung ist untrennbar mit der Herabsetzung der Abgaben der Krankenversicherung verbunden, welche ihren Ausdruck in der Herabsetzung des Krankheitsbeitrages von 6,7 Prozent der heutigen Löhne auf fünf Prozent der mittleren Löhne findet. Dadurch wird gegenüber dem heutigen Zustande ein Ersparnis von 279 Millionen Kronen erzielt, so daß die neue Belastung unserer Produktion 459 Millionen Kronen jährlich nicht übersteigt. Aber wenn wir auf die Lohnsenkung im Jahre 1923 Rücksicht nehmen, erhalten wir eine weit niedrigere Ziffer, etwa 370 Millionen Kronen, wovon auf die Arbeitgeber 188 Millionen Kronen entfallen. Prozentuell beträgt dies bei den Erzeugungskosten 0,45 Prozent. Die öffentliche Meinung erachtet diese Last für erträglich. In den Prozenten des tatsächlichen Lohnes beträgt der Gesamtaufwand der Sozialversicherung 8,40 Prozent des Lohnes.

Ein anderer Einwand bestand darin, daß die Klasse A einen ungemein hohen Beitrag aufwies; selbst wenn alle Versicherten in der Klasse A wären, würden die Zuschläge für die Lohnsteigerungen frei werden und dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die Beiträge herabzusetzen. Die Abgeordneten Laub und Johans erachteten die Abgaben für zu niedrig. Die Wahrheit wird wohl in der Mitte gelegen sein. Aus den zahlreichen bemerkenswerten Anregungen über die Erhöhung der Abgaben, sei nur auf die Forderung der Krankenbehandlung der Rentner verwiesen.

Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die Verwaltungskosten einen größeren Teil des Versicherungsbetrages aufzehren werden. Aber der Motivenbericht erwägt zum Unterschied von früheren Motivenberichten sehr detailliert die Frage der Verwaltungskosten, berechnet sie genau und kommt zu einem verhältnismäßig minimalen Prozentsatz, beim Vergleich mit einer Privatversicherung oder der Versicherung anderer Sozialversicherungsinstitute, nämlich zu acht Prozent der Versicherungsbeiträge. Professor Schönbaum betont den Vorteil der Verbindung der Kranken- mit der Invalidenversicherung gerade in der Frage der Verwaltungskosten. Die Errichtung der Zentralversicherungsinstitute wird fast keinen Kostenaufwand erfordern, da neue Anmeldeungen und neue Prämienvorschriften mit Rücksicht darauf, daß die heutigen Verhältnisse der Krankenkassen genügen, nicht notwendig sind. Bei Ausgabe der hierzu gehörigen Instruktionen wird getrachtet werden, die Arbeitgeber durch die Anmeldeagenda nicht zu sehr zu belasten.

Redner resümiert, daß die Hauptprinzipien der Vorlage dieselben sind, wie sie die bisherige Entwicklung der tschchoslowakischen Republik zeigte, Solidarität, Sicherheit, Rücksicht auf die Volkswirtschaft und den Staat.

b) Der allgemeine Gesichtspunkt des Genossen Radet über den Gang des weiteren Kampfes in Deutschland geht von einer falschen Einschätzung der Klassenkräfte in Deutschland aus: Opportunistische Ueberschätzung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Faschismus und Versuch, auf diesen Meinungsverschiedenheiten die Politik der Arbeiterklasse in Deutschland aufzubauen.

Angeichts all dieser Tatsachen ist das ZR. gezwungen, das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale davon zu benachrichtigen, daß Genosse Radet in dieser Frage nicht die Auffassung des ZR. der KPD vertritt.

4. Den Genossen Radet darauf hinzuweisen, daß seine Art, als Mitglied des ZR. der KPD, sich nicht den Beschlüssen des ZR. der KPD, zu unterwerfen, in der bolschewistischen Partei nicht zulässig ist.

5. Gang entschieden den Genossen Radet und andere Genossen aus der „Opposition“ davor zu warnen, nicht den Fraktionskampf in die kommunistische Internationale zu übertragen, der von außerordentlich schädlichen Folgen für die internationale Arbeiterbewegung sein müßte. Soweit die Resolution der bolschewistischen Parteikonferenz. Der Hinweis unter Ziffer 5 auf den Fraktionskampf deutet schon an, daß die Moskauer Differenzen sich keineswegs nur auf die verschiedene Einschätzung des „Temps“ der deutschen Revolution, sondern auch des Temps und die Entwicklung der russischen Revolution beziehen. Während Radet offensichtlich mit einer längeren Entwicklungsbauer rechnet, eine Annäherung an die Sozialdemokratie und eine Verteidigung der Republik unter Umständen auch auf demokratischer Grundlage für notwendig hält, unterschlä Stawins den putschistischen Flügel Maslow-Fischer, der zusammen mit dem „Sumpp“ davor um Koenen und Stöcker die politische Linie in der deutschen kommunistischen Partei jurzeit bestimmt.

### Italien, die Hafenkreuzler und Deutsch-Südtirol.

Die tiefe Verehrung der deutschen Nationalisten und all derer, die mit ihnen durch Hafenkreuz und Ludendorff und Hindenburg e tutti quanti verbunden sind, für das Italien Mussolinis und für die Methoden der Faschisten ist bekannt. Haben und sehen doch die Hafenkreuzler in dem faschistischen Italien von heute ihr Ideal, sah doch Hitler im Diktator Mussolini sein leuchtendes Vorbild. Während aber die Hafenkreuzler aus den Sympathien, die sie für das italienische faschistische Regime hegen, und die ihnen auch von dort zuteil wurden, kein Geheimnis machen, wird ihnen dennoch die Feststellung ihrer mit dem italienischen Faschismus gleichgerichteten Methoden und Ziele immer dann unangenehm, wenn sie daran erinnert werden, daß in dem Italien des von ihnen vergötterten Mussolini ein Teil des deutschen Volkes, dem sie mit Mussolinis Methoden das Heil bringen wollen, in schwerster Knechtschaft lebt. Und gerade diese Tatsache gewinnt in diesem Zusammenhange noch höhere Bedeutung, denn die vor allem geistige und seelische Verbindung der deutschen Hafenkreuzler mit den italienischen Faschisten lassen an Jungfräulein nichts zu wünschen übrig.

In einer der letzten Nummern der „Weltbühne“ veröffentlichte Heinrich Eduard Jacob eine Reihe von Aufsätzen, welche die Frage „Italien, Hafenkreuzler und Tirol“, in äußerst lehrreicher Weise beleuchten. Der Verfasser erzählt, daß die italienische Presse in der ersten Novemberwoche des Jahres 1923, also in der Münchener Putschwoche, genau über die zu erwartenden Vorgänge in Deutschland orientiert war — während die deutschen Zeitungen im Dunkeln tappten — daß sämtliche italienische Blätter allwöchentlich Bilder von Ludendorff und Hitler brachten, für deren Wünsche und Bestrebungen die Italiener nicht nur deswegen besonderes Verständnis hatten, weil sie sich von ihnen geschmeichelt, bewundert und nachgeahmt wußten, sondern auch insbesondere deshalb, weil Italien von einem Siege der Reaktion in Deutschland eine Verstärkung des deutschen Widerstandes gegen Frankreich erhoffte, dessen Schwächung der Wunsch Italiens ist. Als aber dann der Putschversuch Klein-Russolini-Hitlers mit der Blamage im Münchener Bierkeller endigte, verfielen Adolf und die Seinen in Italien sofort dem Spott der Lächerlichkeit. Ludendorff und Hitler spielten zwar auch weiterhin eine Rolle in der italienischen Presse, aber allerdings nur in der Karikatur. Zur Ehre der Italiener vermerkt der genannte Artikelverfasser, daß sich schon vorher Menschen in Italien gefunden hatten, die erklärten, daß eine Partei, deren Hauptbeschäftigung die Ausrichtung der Juden ist, nicht als Faschist, sondern als Banditi bezeichnet werden müsse.

Demnach also haben die Hafenkreuzler auch in Italien ausgespielt. Das hindert sie aber nicht, mit offener Hand nachahmungswürdig auch weiterhin krampfhaft auf Mussolinien zu schauen, dessen Verhältnisse auf Deutschland zu übertragen für sie nach wie vor das Ideal ihrer Träume ist. Und dabei sehen sie nun mit einer Zurückhaltung, die bei ihnen als den Anbetern des Gummistrips ganz absonderlich wirkt, bescheiden über die Tatsache hinweg, daß das südtiroler Volk seit fast durchwegs deutschen Einwohnern unter der furchtbaren Herrschaft des Faschismus steht. Die Italiener haben dieses Gebiet, das zu 97 Prozent deutsch ist, mit dem Hinweis ihrem Staate einverleibt, daß hierfür eine „strategische“ Notwendigkeit bestehe. Auf der Friedenskonferenz von St. Germain versicherte der Vertreter Italiens, Senator Titoni, daß den Italienern „der Gedanke nationales Unterdrückung vollkommen fern liegt“ und daß der Deutschen „Sprache, Einrichtungen, ihre Kultur, ihre Beamtenhaft voll geachtet werden, wie unsere eigene liberale und demokratische Tradition das verlangt.“ Aber ebenso wie man aus „strategischen“ Gründen das deutsche Gebiet bis zur Pöhhöhe annektierte, so schritt man, auch aus „strategischen“ Gründen, zur sprachlichen Enteignung. Und es handelt sich dort nicht um die Verwischung der Ortsnamen, sondern um die völlige Unterdrückung des kulturellen Eigenlebens der deutschen Südtiroler, die in unerhörter Weise mundtot gemacht wurden. Durch ein königliches Edikt vom 1. Oktober 1923 wurde in allen Volksschulen Deutsch-Südtirols die italienische Unterrichts-sprache eingeführt. Ein postiches Edikt verbietet die deutsche Sprache bei allen auch nur halböffentlichen Amtierungen, bei Handelskammerleistungen und in kaufmännischen und notariellen Verträgen. Ein drittes Edikt schließlich verbietet sogar die Befähigung einer Uebersetzung bei solchen Rundmachungen!

All diese Dinge, die Heinrich Jacobs anführt, beweisen, daß Mussolini das Deutschland Tirols auf geradezu ungeheuerliche Weise, auszutrotten bestrebt ist, auf eine Weise, die in Europa — wo doch auch anderwärts nationale Minderheiten mehr oder weniger entrechtet leben — einzig dasteht.

Und trotzdem bewundern und verherrlichen die „Völkischen“ in Deutschland, Deutschböhmern und in den deutschen Alpenländern Mussolini, sein Italien und seinen Faschismus. Wenn sie von Italien sprechen, so denken sie nur an jenes herrliche Land, wo jetzt Arbeiter, Sozialisten und Kommunisten mit den blutigsten Methoden der Gewalt unterdrückt, zu Krüppeln geschlagen und getötet werden, wo Abgeordnete verprügelt, Arbeiterheime zerstört, sozialistische Zeitungsredaktionen verwanst werden. Das alles ist so recht nach dem Geschmack der Hilterianer, die mit keiner Wimper zucken, wenn eben dieses Italien

dem Teile des deutschen Volkes, den es in sich aufgenommen hat. Kultur und Sprache enteignet. So wie den „Völkischen Beobachter“ oder „Miesbacher Anzeiger“ kann man auch monatlang den Duxer „Tag“ lesen, ohne auch nur ein einzigesmal dem Worte „Deutschösterreich“ zu begegnen. Im österreichischen Tirol — ja, da veranstalteten die Inviden der Duxer und die Hitlerbanden ihre Untriebe. Von Innsbruck aus werden die Fäden zu einem enigmatischen Netz von Dorchposten, Werbem und Unterführern über das ganze Land gespannt und es steht heute fest, daß auch Tirol mit seinen Heimwehren in den Duxerputz vom 8. November hätte einbezogen werden sollen. Aber schon merken die österreichischen Tiroler, welche Zwecke die deutschen Faschisten verfolgen, daß sie von ihnen höchsten den Genuß von Judentrawallen erwarten können, daß sich aber die Salentkrieger um das italienische Tirol aus Sympathie für den Terroristen und Marschallentöter Mussolini einen blauen Teufel scheren!

So beleuchtet auch die Stellung der Salentkrieger zu dem Italien Mussolinis und zu dem von ihm entrechteten deutschen Südtirol den kapitalen Schwandel, den die deutschen Nationalsozialisten mit ihrem Volke treiben. Von wahrhaft nationalem Gefühl ist keine Spur vorhanden und ihre sozialen Ideen gleichen den sozialen Ideen des Diktators Mussolini und des bluttriefenden Faschismus. Weder im guten Sinne national, noch weniger sozial, sind und bleiben sie. Söldlinge im Dienste des internationalen Kapitalismus.

## Inland.

### Politische Differenzen im „Bund der Landwirte“.

Mayer contra Krepel und dessen „Aktivismus“ und für die Wiedererrichtung eines parlamentarischen Verbandes.

Herr Abg. Krepel, der Obmann des „Bundes der Landwirte“, der sich auf diesen „hohen Posten“ (so nannte er ihn in seiner letzten Leitmeritzer Rede) nicht wenig zu gute tut, hat in der letzten Zeit mit seiner Politik entschieden Pech. In der eigenen Partei, von der er sich so gerne huldigen läßt, wächst der Widerstand gegen die Haltung der deutschösterreichischen Führung zusehends. Erst vor kurzem mußte sich Krepel von seinem Freunde Maxner die Leuten lassen, weil er auf dem Kreisparteitag in Leitmeritz die deutschböhmische Landesregierung abgefangelt und verlehrt hatte. Und nun unternimmt, kaum daß Maxner eine Lanze für Lodgman gedrohen hat, Krepels Parteigenosse und Klubkollege, Abg. Mayer, einen förmlichen Generallangriff gegen die Taktik der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft“.

Herr Mayer hielt am letzten Sonntag in Neudorf eine Rede, die die „Deutsche Landpost“ als „bedeutungsvoll“ registriert und in der auch tatsächlich auf, mehr aber noch innenpolitisch Interessantes gesagt wird. Abg. Mayer beschäftigt sich insbesondere mit den Ursachen des italienisch-jugoslawischen Bündnisses und führte an, daß Italien, das durch die Friedensverträge von allen Siegerstaaten am schwächsten beeinträchtigt wurde, nun plötzlich wieder seine Ansprüche auf die durch die Nachfolgestaaten zu zahlenden Reparationen erhebt. Diese Reparationen beziehen sich auf das Gesamtvermögen des alten Oesterreich im Werte von 30 Milliarden Goldkronen, wovon die Hälfte auf die Tschechoslowakei entfällt. Herr Benes hat damit gerühmt, daß die Tschechoslowakei nichts zahlen müssen. Nun aber, durch das italienisch-jugoslawische Bündnis, ändert sich die Situation und Herr Abg. Mayer meint, daß die Reparationsfrage nunmehr für das tschechoslowakische Wirtschaftsleben besondere Bedeutung erlangt wird und daß hievon in nächster Zeit auch die tschechische Krone berührt werden dürfte.

Nach dieser außenpolitischen Exkursion „stieg“ Abg. Mayer, wie er sagte: „nur mit Widerwillen“ in das „Kapitel“ der eigenen Politik und in die des „deutschen Lagers“, „hinein“. Zunächst rügte er die „gegenwärtigen Vorwürfe“ verschiedener „Abgeordneter“, „wegen der Vorgänge beim Umsturz“. Mayer ist überzeugt, „daß unter den damaligen Verhältnissen nichts zu machen war“. Wir hoffen, daß Herr Abgeordneter Krepel diesen Hieb versteht, und wir hoffen ferner, daß auch das übrige Bürgertum von der Darstellung Mayers besträubt ist, der da sagte, daß in den Tagen nach dem Umsturz „das Bürgertum sich hinter den Ofen verkrochen hat“. Den Rest bildeten nach der Ansicht des Herrn Mayer „Arbeitslose und Arbeitsschneue“. Dieser gehässige Ausfall gegen die deutsche Arbeiterchaft muß von uns als unverschämte und verlogen mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Aber gerade hier zeigt der Agrarier Mayer kein wahrhaftes allbourgeois Herz, das ihn zum Fürsprecher für einen neu zu schaffenden allbürgerlichen Verband besonders eignet. Und so ruft er denn seinem Freunde Krepel zu, daß die „Arbeitsgemeinschaft“ alle Parteien in sich aufnehmen müßte. Mayer hat zwar dieselben Ministerschmerzen wie die Krepel, Hilgenreiner und Kassa. Aber bei ihm ist die Faust besser ausgebildet als bei jenen das Rückgrat. Er will keine Waistdarmpolitik!

„Unwürdig aber ist es,“ sagt er darum zum Schluß, „sich hinein zu betteln. Es muß neuerdings getrachtet werden, zusammenzugehen, kraft unserer Stärke den Einfluß zu bekommen, der uns gebührt. Ich glaube, wir tun am besten, wenn wir mit allem Nachdruck wieder verlangen, daß sich alle Parteien zusammenschließen und auf einer Grundlage einigen und die gleichen Interessen festigen. Unsere Zukunft selbst wird nicht in Prag entschieden, sondern wo anders!“

Die „Deutsche Landpost“, der wir dies samt Sperr- und Fettdruck entnehmen, behauptet, daß dieser Standpunkt Mayers „zweifellos von der gesamten deutschen Landbevölkerung begrüßt und gebilligt wird“. Da die „Landpost“ nicht deutsch kann, meint sie, daß Mayer nunmehr die verschlungenen Fäden „entwirrt“ — während er sie doch kaum sonderlich „entwirrt“, — und weiter bezeichnet das Zentralkomitee des Herrn Krepel die Rede Mayers als einen „gesunden“ Wind. Also war der Wind — nicht etwa die deutschbürgerliche Politik — krank und nun sollen die deutschbürgerliche Winde gesund werden, indem sie in einem neuen parlamentarischen Verband zusammenströmen. Mayer hängt Krepels „Aktivismus“ samt der dazugehörigen „Arbeitsgemeinschaft“ in den Kassen und will wieder „gesund“ Politik machen, zusammen mit Lodgman, Kallina, Jung und Kuzich. Vielleicht wird das Verständnis Krepels, Hilgenreiners und Kassa für die Absichten Mayers durch dessen Aversion gegen „Arbeitslose“ und „Arbeitsschneue“ gefördert.

### 4. März — Parlament.

Sitzung des Präsidiums: Genosse Dr. Czech verlangt die sofortige Einberufung, die Koalitionsmacher lehnen ab.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde vor allem der Tag des Wiederzusammentretens des Parlaments beraten. Nach Erstattung eines ersuchenden Berichtes durch den Präsidenten Tomasel fand eine Aussprache statt, in deren Verlaufe Vizepräsident Genosse Dr. Czech im Hinblick auf die schwierige innenpolitische, wirtschaftliche und vor allem außenpolitische Lage die sofortige Einberufung des Parlaments zur Entgegennahme der Erklärungen der zuständigen Fachminister verlangte und seinen Antrag eingehend begründete. Demgegenüber vertrat Vizepräsident Buzival den Standpunkt, daß nach der ganzen Situation und insbesondere im Hinblick auf das dringende Ergebnis der Ausschubarbeiten die sofortige Einberufung des Parlaments unmöglich sei. Nach einem Schlußwort des Präsidenten, welcher die Absicht des Außenministers auf baldige Erstattung eines außenpolitischen Exposés im Auswärtigen Ausschusse bekanntgab, wurde beschlossen, die nächste Sitzung des Parlaments auf den 4. März einzuberufen und auf die Tagesordnung den Handelsvertrag mit Norwegen, mehrere Immunitätsangelegenheiten und gewisse sozialpolitische Vorlagen zu setzen. Dann soll das Parlament womöglich bis zu den Osterfeiertagen beisammenbleiben, seine Arbeiten sodann am 6. Mai wieder aufnehmen und Mitte Juni beenden.

Am 26. Februar tritt das Präsidium des Abgeordnetenhauses neuerlich zusammen, um die letzten Vorarbeiten zur Parlamentsagung zu beraten. In dieser Sitzung soll die Frage der Reorganisation der Obmannerkonferenzen beraten und zu diesem Behufe an die einzelnen Mitglieder des Präsidiums das einschlägige Material rechtzeitig übersendet werden.

Das Präsidium beriet eine ganze Reihe von Personal-, Parlaments- und administrativen Angelegenheiten, sowie mehrere Fragen interner Natur.

### Deutsche Volksnot und Söldenmission.

Die Christlichsozialen und die Völkischen, die sich trotz der zahlreichen verbindenden Momente nicht sonderlich gewogen sind, sind sich unlängst wieder einmal in die Haare geraten. Hat da ein Nikolsburger St. Petrus-Claver-Sodalität für die Befehrung der Negerkinder in Afrika gesammelt und in der kirchlichen Presse sind 15.687 Kronen als Ergebnis dieser Sammlung ausgewiesen. Darob Aufregung bei den Völkischen, die diesmal ganz zutreffend schreiben, daß dieser Sammelbetrag zweckmäßiger zur Linderung der Not in Deutschland zu verwenden gewesen wäre. Das hat die Christlichsozialen zu einer köstlichen Rechtfertigung veranlaßt. Vor allem geben sie zu, daß sie das Sammelergebnis übertrieben angegeben und daß sie nur 1508 Kronen für die Rettung der Negerkinder gespendet haben. Von diesem Betrag entfällt mehr als die Hälfte auf das Abonnement von Missionszeitschriften, wie das „Echo aus Afrika“, das „Negerkind“ usw. Diese zeitgemäße Ergänzung der christlichsozialen Parteiliteratur scheint allein eine genügende Begründung der Spenden zu sein. Denn kein Einsichtiger wird verkennen, daß neben der „Tagespost“ und dem „Bonifaziusblatt“ die Negerkinder und Kalender für jeden christlichsozialen Streiter das unentbehrliche geistige Rüstzeug darstellen. Der deutsche Katholik hilft auf diese Art sich selbst, indem er sich mit den nötigen Kampfmitteln ausstattet und rettet dabei noch Seelen, wenn es auch schwarze Seelen sind. Die deutschen Brüder im Reich sollen, wie die waderen Seelenretter erklären, nicht zu kurz kommen. Ihnen gilt die Liebe der Christlichsozialen voll und ganz, während die Neger sich

ihrer Sympathie „nicht im physiologischen Sinne“ erfreuen. Darum erhalten die Einen wie die Anderen Unterstützungsgelder, die physiologisch ungeliebten Schwarzen nicht erheblich weniger — als die voll und ganz geliebten Weißen. Die christlichsoziale Weltpolitik erfordert eben, daß der Negerbischof in Timbuktu besser lebt und beachtet wird, als etwa ein Arbeiter im Ruhrgebiete.

### Der Gewerbebeitragsrat als Sekretär Stejskals.

Zur Kohlenaffäre schreibt das „Rude Pravo“: Wenn die Nationalsozialisten von ihren Anhängern über die Tätigkeit der Kohlenengesellschaft „Union“ und anderer Betriebe, die von den Inhabern der „Union“ gegründet wurden, so schlecht informiert werden, vielleicht könnten sie den Abgeordneten der Gewerbebeitragsrat Herrn Horak fragen, der bezahlter Sekretär der Firma des Herrn Stejskal ist. Ueber die Gründung der tschechischen nationalsozialistischen Genossenschaftsbank könnten dem „Cesta Slovo“ nähere Aufklärungen der eigene Bruder Stejskals geben, der zur Organisierung dieser Bank aus seiner Stelle gelockt und später herausgeworfen wurde. Bisher handelt es sich nur um eine Kohlenaffäre, es könnte aber leicht hieraus eine Mehl- und Automobilaffäre werden, die auch die Marke der Firma „Union“ tragen könnte. Welche Verdienste hat sich Herr Stejskal um die Tschechoslowakische Republik erworben, daß er von allen Ministerien protegiert wird? Was bindet den Staat an die Firma „Union“?

Zwei Gesetzentwürfe. Die Regierung wird dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreiten, demzufolge einzelne Zweige der privaten Vermittlung für konzeffionierte Gewerbe erklärt werden und einen Gesetzentwurf, demzufolge das Gesetz über bedingte Beurteilung abgeändert wird. Der erste Entwurf erklärt als konzeffionierte Gewerbe den Realitätenkauf und -verkauf, den Kauf und Verkauf von Produktions- und Handelsunternehmungen, der Miet- und Pachtverhältnisse und des Hypothekar- und Personalredits. Realisierungen solcher Geschäfte werden den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegen. Insbesondere wird der Vermittler einen entsprechenden Qualifikationsnachweis zu erbringen haben.

Groß-Ostreu. Aus Mährisch-Ostreu wird gemeldet: Die hiesige politische Bezirksverwaltung versendete gestern Zuschriften an die Gemeindeführer Mährisch-Ostreu, Wislowitz, Odersdorf, Marienberg, Zebroh an der Oder und Grabova, mit welchen diesen Gemeinden mitgeteilt wird, daß mit heutigem Tage die bisherigen Gemeindeverwaltungskommissionen aufgelöst werden. Zum Regierungskommissar für Groß-Ostreu wurde der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Johann Prokes ernannt, welcher bis nun Vorsitzender der Verwaltungskommission von Mährisch-Ostreu war. Nach Vereinbarung mit den politischen Parteien werden von amtswegen weitere 42 Mitglieder in die Verwaltungskommission nominiert werden, und zwar vierzehn tschechische Sozialdemokraten, fünf Nationaldemokraten, drei tschechische Sozialisten, drei tschechische Volksparteier, drei Kommunisten, zwei politische Gewerbetreibende, ein Agrarier, zwei Juden und neun Deutsche.

## Ausland.

### Die Russische Kommunistische Partei.

Nur 16 Prozent Arbeiter.

Der letzte Bericht des kommunistischen Parteivorstandes enthält folgende interessante Zahlen: Am 1. Jänner 1923 hatte die Partei 330.471 Mitglieder; am 1. November 1923 hat sich diese Zahl um 14.310, also um 4,2 Prozent verringert. Außerdem gehören dieser Partei noch zirka 120.000 „Kandidaten“ an, die aber noch nicht in die eigentliche Parteiorganisation aufgenommen sind. Unter den Parteimitgliedern waren am 1. November 1923 aber nur 50.668 Arbeiter, d. h. 16 Prozent der gesamten Mitgliedschaft.

Dem Parteitag der französischen Sozialdemokratie, der heute in Marseille beginnt, sandte der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei folgendes Begrüßungsschreiben: Der Vollzugsausschuß unseres Parteivorstandes hat sich in seiner Sitzung am 14. Jänner mit der Frage der Delegierung zu Ihrem Kongreß beschäftigt und ist zu dem Beschlusse gelangt, daß es insofern der hohen Kosten leider nicht möglich ist, einen Vertreter nach Marseille zu entsenden. Die Blicke des gesamten sozialistischen Proletariats werden auf Ihren politisch so bedeutsamen Kongreß gerichtet sein. Durch die Erstarbung, die Tatkraft und Entschlossenheit des französischen sozialistischen Proletariats wird die Position der Arbeiterpartei aller Länder wesentlich beeinflusst. Der Ausgang der französischen Wahlen ist für alle Parteien der Internationale von geschichtlicher Bedeutung. Darum kommt Ihrem Nationalkongreß, der die Wahlvorbereitungen treffen wird, so große Bedeutung zu. Umso mehr bedauern wir, daran nicht persönlich teilnehmen zu können und uns damit begnügen zu müssen, Ihnen auf diesem Wege herzlich zu wünschen, die Beratungen des Nationalkongresses mögen das französische Proletariat und damit die gesamte Internationale im Kampfe gegen Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus einen bedeutsamen Schritt nach vorwärts bringen.

## Tages-Neuigkeiten.

### Reichswehrgeneral und Intendant.

General Hesse, zurzeit Regent von Thüringen (zu seinem Adjutanten): Lassen Sie mal den Theaterleiter vorführen. Wie heißt er? Adjutant: Ulrich Franz. — General-Intendant aus Meiningen.

General Hesse: Wieso General? Intendant jenußt.

Ulrich tritt ein. Er sagt: „Guten Morgen“, steht aber nicht stramm und empfängt einen strengen, zürnenden Blick.

General Hesse: Sie wollen Intendant am Nationaltheater in Weimar werden? Bei welchem Regiment haben Sie jened?

Ulrich: Das Ministerium hat mich ernannt.

General: Ach was, Ministerium. Waren Sie im Felde?

Intendant: Ich leitete das ehemalige Hoftheater in Meiningen.

General (scharf): Wieso ehemals?

Intendant: Meine Inszenierungen haben die Anerkennung aller Sachverständigen gefunden. Ich habe einen Organisationsplan für das ganze thüringische Theaterwesen ausgearbeitet.

General: Wissen Sie denn, was 'n Nationaltheater ist?

Intendant: Ich glaube zu wissen, was Goethe...

General (unterbrechend): Nationaltheater ist 'n Theater, wo ich meine Jungens von der Reichswehr unbeforgt reinschicken kann. Verstanden?

Intendant: Ich bin gerne bereit, Sondervorstellungen für die Reichswehr...

General (unterbrechend): Sonderveranstaltungen? Reue. Das Ganze hat so arrangiert zu sein, daß ich meine Jungens jeden Abend reinschicken könnte.

Intendant (murmelt etwas vor sich hin): Goethes Theaterleitung... Weimar... Tasso... Iphigenie.

General: 'n Theater, das nicht für meine Jungens paßt, ist auch nicht für die Nation! Basta!... Abtreten!

Der Intendant verläßt niedergeschmettert das Zimmer des regierenden Generals.

General (zu seinem Adjutanten): Schreiben Sie: Ernennung Ulrichs nicht jenehnt, Nachweis militärischer Dienstzeit nicht erbracht, Völkische Gesinnung des Anwärters zweifelhaft... Nachschrift: Es wird anheimgestellt, Intendantenposten wie ehemals aus höheren Offizierskreisen zu besetzen. (Aus dem „Tagebuch“.)

Genosse Schaller-Teplitz gestorben. Am Sonntag ist einer der ältesten Genossen des Teplitzer Gebietes, der Tischlermeister Josef Schaller einem Schlagfluß erlegen. Genosse Schaller hat sich schon in den achtziger Jahren in der Arbeiterbewegung hervorgetan. Er war einer der Mitbegründer der Holzarbeiterorganisation, viele Jahre Funktionär derselben und war auch in der Partei und im Teplitzer Konsumverein in verschiedenen Funktionen tätig. Als einer der Mitarbeiter Josef Seligers beim Aufbau der Partei in Teplitz, war er mit diesem in jahrelanger Freundschaft verbunden. Josef Schaller hat für seine Überzeugung viel gelitten. Er hat als Tischlergehilfe keinen Posten finden können, weil man ihn wegen seines Klassenbewußtseins und seiner Anhänglichkeit an die sozialdemokratische Partei kannte. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich selbständig zu machen und er wurde nicht nur ein tüchtiger Tischlermeister, sondern er blieb auch weiter der Partei treu. Im Jahre 1919 kandidierte ihn die Partei in die Gemeindevertretung in Teplitz. Genosse Schaller, dessen Leiche gestern nach Reichenberg zur Einäscherung überführt wurde, erreichte ein Alter von 55 Jahren und hinterläßt eine Witwe, Kinder hatte er keine. — Alle diejenigen, welche Genossen Schaller kannten, insbesondere die Alten der Bewegung, werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Kommunistische Pietätlosigkeit. Unter diesem Titel berichtet unser Teplitzer Bruderblatt: Auf eine sonderbare Art kam der kommunistische Turnverein von Seltens (Föderation) der allgemeinen Trauer um Lenin nach. Während in Prag, Auffs und anderswo kommunistische Trauerfeiern um den großen verstorbenen Führer veranstaltet wurden, haben sich kommunistische Turner im Gasthaus „Zum Löwen“ in Seltens lustig im Tanz geübt. Wir wissen nicht, ob man gedankenlos den Ball abhielt oder ob versucht wurde, den Ball abzufangen; Tatsache bleibt, daß zu jener Zeit, wo in Moskau der Führer der kommunistischen Bewegung zu Grabe getragen wurde, seine Anhänger in Seltens bei Polka und Walzer, mit und ohne Maske, das „Leid“ — vergaßen!

Taschschulen in Fürsorgeanstalten. Bei einer Sitzung der Verwalter der tschechischen Landeskommission für Jugendfürsorge wurde die Notwendigkeit festgestellt, daß an den Anstalten für schwachsinrige, blinde, taubstumme, verkrüppelte und sittlich vernachlässigte Kinder eigene Schulen errichtet werden sollen, in denen diese Kinder den regelmäßigen Unterricht zu erhalten hätten. Da diese Schulen bisher für die einzelnen Anstalten nicht sichergestellt sind, wurde beschlossen, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Dieser Entwurf ist nunmehr fertiggestellt und wurde bereits den Interessenten zur Begutachtung vorgelegt.



Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen gelistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt. Es empfiehlt sich außerdem auf dem Erlagschein auch noch die auf der Zeitungsadresse angeführte

**Evidenznummer**

anzuführen. Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbeitrag muß längstens bis 10. in unserem Besitz sein und erziehen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Schönfelder (Prag), Kirchhof (Reichenberg), Bed (Lepty), Scherzer (Lepty), Friedmann (Prag), Mögler (Bodenbach) vereinen, einhellig zugestimmt und die Zentralleitung beauftragt, so wie bisher auch weiterhin die Beziehungen zu den befreundeten Organisationen zu pflegen und auch im Rahmen des Internationalen Bundes der Privatangestellten (amsterdamer), dessen Mitglied der Verband ist, für die Ausgestaltung der internationalen Verbindungen zu wirken.

Ueber „Sozialpolitische Angelegenheiten“ berichtet in längerer Rede Kou. Franz Kirchhof (Reichenberg). Er bespricht den derzeitigen Stand der Arbeiten für das neue Angestelltengesetz, befaßt sich eingehend mit den in der jüngsten Zeit begonnenen parlamentarischen Verhandlungen über die Regierungsvorlage zur Sozialversicherung und auch mit dem Stand der Dinge in der Pensions- und Krankenversicherung. Ferner verweist er auf die noch immer unerfüllten Forderungen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, der gesetzlichen Anerkennung der Kollektivverträge, Schaffung der Arbeiter- und Angestelltenkammern u. a. Seine Darstellungen, die das große Gebiet der Sozialpolitik und Schutzgesetzgebung in klarer Weise behandelten und den Standpunkt der Organisation zu den einzelnen Fragen in überzeugender Weise begründeten, fanden lebhaften Beifall und Zustimmung. In der Debatte erbrachte Koll. Löwit (Lepty) durch Verlesung einer in den letzten Tagen von deutschnationaler Seite erschienenen Veröffentlichung den klaren Beweis dafür, daß man auf der gegnerischen Seite genau weiß, wie richtig unser vom Anfang an eingenommener Standpunkt in der Krankenversicherung ist und welcher ungeheuerliche Verfall nicht nur an den wirtschaftlichen Interessen der Angestellten, sondern auch in nationaler Hinsicht durch das Vorgehen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in seiner demagogischen Krankenkassenagitation verübt wurde. Des weiteren beteiligten sich an der Wechselrede die Kollegen Friedmann (Prag), Steiner (Reichenberg) — der sich insbesondere mit unseren Forderungen zum Schutze der durch die tschechoslowakische Bodenreform in ihrer Existenz bedrohten land- und forstwirtschaftlichen Angestellten beschäftigte — sowie Koll. Firsch (Lepty), worauf der Referent in seinem Schlußwort mit Befriedigung feststellte, daß die hier versammelten Vertrauensleute der organisierten Angestelltenschaft auch in diesen wichtigen Fragen eines Sinnes mit der Verbandsleitung sind. — Zum dritten Punkte der umfangreichen Tagesordnung besprach Koll. Firsch die neue Wahlordnung für die Genossenschaften und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Organisation. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung sind dahin geändert worden, daß für diese Wahlen das Verhältniswahlrecht eingeführt wird. Für unsere Organisation kommen vor allem die nach diesen neuen Grundgesetzen zu vollziehenden Neuwahlen der Gehilfenausschüsse bei den Handelsgremien in Betracht. Nach der Debatte, in der die Kollegen Köhler (Prag) und Bed (Lepty) sprachen, wurde die Angelegenheit der Fachgruppe „Handel“ zur weiteren Behandlung zugewiesen. — Ueber den Beweis sprach Koll. Löwit und Firsch (Lepty). Die ausführliche Wechselrede, die von den Kollegen Scherzer (Lepty), Köhler (Prag), Friedmann (Prag), Kirchhof (Reichenberg), Bed (Lepty), Köstler (Lepty) und Föhl (Lepty) bestritten wurde, gipfelte in der einhelligen Zustimmung zu den von den beiden Berichterstattern gegebenen Anregungen. Ueber Bildungsarbeit referierte Kollege Oskar Fischer (Lepty), dessen Ausführungen in der anschließenden Aussprache durch die Kollegen Mögler (Bodenbach), Schönfelder (Prag), Betty Schmitzer (Lepty), Lahm (Brüg), Reismann (Lepty), Wallek (Haida) lebhaften Widerhall und wertvolle Ergänzungen fanden. Die Konferenz nahm mit Befriedigung die bisherigen Arbeiten und Leistungen auf dem Gebiete des Bildungswesens zur Kenntnis und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Veranstaltung von Vorträgen gewerkschaftlicher und allgemein bildender Natur, sachlichen Fortbildungskursen, gemeinsamen Urteilsbriefen, Ausgestaltung des Büchereiwesens, Zusammenarbeit mit der allgemeinen proletarischen Bildungsbeziehung usw. auch weiterhin die größtmögliche Aufmerksamkeit zuzuwenden werden muß.

Mit der Erledigung einiger interner Organisationsangelegenheiten fand die arbeitsreiche Tagung ihren Abschluß. Der Vorsitzende konnte in seinem Schlußwort mit Befriedigung die geleistete Arbeit zusammenfassen und die Konferenz mit dem Appell zu weiterer zielbewußter, eifriger Arbeit für die Interessen der Angestelltenschaft für beendet erklären.

**Die Preise steigen weiter.** Der Großhandelsindex weist zum 1. Jänner eine neuerliche Steigerung auf. Während er am 1. Dezember 1923 984 betrug, ist er bis zum 1. Jänner 1924 auf 990, also um 0,6 Prozent gestiegen. Insbesondere stiegen die Preise von Fleisch, und zwar Rindfleisch um mehr als 14 Prozent, Schweinefleisch um fast 6 Prozent, Kalbfleisch um 7,5 Prozent und Schafschaffleisch um fast 20 Prozent. Desgleichen stiegen alle Getreidearten im Preise, und zwar Weizen um 0,7 Prozent, Korn um 4,5 Prozent.

**Die Arbeitszeit im Bädergewerbe.** Der letzte Ministerrat befaßte sich in eingehender Weise mit der Regelung der Arbeitszeit im Bädergewerbe. Nach Informationen der „Lidove Noviny“ hat der Ministerrat beschlossen, an den bestehenden Verhältnissen weder zugunsten der Großbädereien, noch der kleinen Gewerbetreibenden etwas abzuändern, falls nicht die Bäder neuerlich mit der Forderung nach Erhöhung der Gebädpreise kommen, die der Anlaß eines Konfliktes zwischen beiden Gruppen war. Wenn die Vertreter der Bädereigengesellschaften auf einer Erhöhung der Gebädpreise bestehen würden, würde die Regierung zur strengen Einhaltung der Arbeitsdauer greifen, hauptsächlich bei den kleinen Gewerbetreibenden, was für sie ungünstige Folgen hätte.

**Die Mannesmannarbeiter gegen einen weiteren Lohnabbau.** Am Sonntag fand in den Komotauer Partfalen eine zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter der Mannesmannwerke statt. Der Redner in dieser Versammlung, Genosse Bretsch schilderte die Entwicklung der Löhne seit längerer Zeit und wies nach, wie seit der Zeit des Abschlusses der letzten Löhne eine ständige Verwertung aller Lebensmittel platzgegriffen hat. Deshalb ist ein weiterer Lohnabbau ein schweres Unrecht an der Arbeiterschaft. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Genossen Bretsch zu und beschloß eine Resolution, in der gegen die Maßnahmen der Direktion, ab 1. Jänner die letzte Rate von fünf Prozent des Lohnabbaues in Abzug zu bringen, Einspruch erhoben wird, weil sich die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft bedeutend verteuert haben. Gleichzeitig stellt die Arbeiterschaft die Forderung nach Abschluß eines Kollektivvertrages. Falls der Versuch scheitern sollte, so wird der Internationale Metallarbeiterverband beauftragt, sich an die politische Behörde zu wenden.

**Der Niedergang der europäischen Valuten.** Der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir folgende zusammenfassende Bemerkungen über die Entwicklung der Währungen im Jahre 1923: „Weit wichtiger als die ungeheure Währungsentwertung in den reinen Noteninflationländern ist die andere währungsgeschichtliche Tatsache des abgelaufenen Jahres: die fast allgemeine Schwäche der europäischen Valuten. Der französische Frank setzte mit kurzen Unterbrechungen seine im Juli 1922 begonnene Abwärtsbewegung während des Jahres 1923 fort und geht von über 39 Prozent seiner Vorkriegsparität Anfang Jänner auf 26 Prozent am Ende 1923 zurück. Ihm folgte der belgische Frank; aber auch die italienische Lire büßte erneut einige Prozent ein und schließlich folgten dieser Bewegung die beiden anderen Frankvaluten: die spanische Peseta und auch der Schweizer Frank, der in diesem Zentrum von 98 auf fast 90 Prozent der Parität zurückgeht. Seit der Mitte 1923 ergreift die sinkende Tendenz auch das englische Pfund, im Herbst folgt Holland und gegen Ende des Jahres auch die bis dahin stabilste europäische Währung, die Schwedenskrone. Die dänische Krone hatte bereits seit Anfang des Jahres scharfe Abwärtsgänge erfahren. Bis auf die einzig stabil gebliebene tschechische und österreichische Krone ist der Rückgang der europäischen Valuten Ende des Jahres 1923 allgemein. Die ersten Wochen des Jahres 1924 brachten weitere scharfe Kurseinbußen, gerade auch für die sog. „Edelvaluten“. So ging das Pfund Sterling auf 86,5 Prozent, die Schwedenskrone, die noch Anfang 1923 über der Parität gestanden hatte, auf 96,7 Prozent der Parität zurück. Der französische und belgische Frank sanken auf ihren bisher tiefsten Stand.“

**Der Beamtenabbau in Oesterreich.** Nach einer amtlichen Wiener Mitteilung wurden bis 31. Dezember 1923 in Oesterreich 61.477 Beamte abgebaut, darunter 46.080 in den Betrieben.

**Eine innere Anleihe in Ungarn.** Wie die „Neue Freie Presse“ aus Budapest erfährt, soll die innere Anleihe, die bekanntlich im Zusammenhang mit der äußeren Anleihe aufgelegt werden soll und die mit 300 Milliarden beziffert wird, am 15. Jänner zur Zeichnung aufgelegt werden. Finanzminister Malash wird mit den Großbanken in Kontakt treten, um die Modalitäten der Anleihe zu besprechen.

**Rumänien's Finanznöte.** Bekanntlich hat die rumänische Regierung mit einem französischen Konzern bezüglich einer Anleihe von 500 Millionen Franks verhandelt und die staatliche Petroleum-Redevance als Garantie angeboten. Diese Verhandlungen haben sich aber infolge unannehmbarer Bedingungen zerschlagen. Der Ministerrat hat nun beschlossen, daß eine zweiprozentige Quoten der dem Staate gehörenden Rohpetroleumproduktion und die obligatorische Gebühr aus der Exploitation der staatlichen Petroleumgrundstücke, die

jogenannten Redevancen, am 1. April in einer öffentlichen Freilicitation verkauft werden sollen, und daß aus dem Ertragnisse des Verkaufes bei der Nationalbank ein besonderer Fond ausschließlich zur zur Bezahlung der inneren nicht fundierten Schulden geschaffen werden wird. Zeitungsberichten zufolge betragen die Redevancen ungefähr 10.000 Waggons Petroleum jährlich. Das Regierungsorgan „Bittorial“ bringt zu den über die Gründe der Nichtrealisierung der französischen Anleihe von 100 Millionen Franks zirkulierenden Gerüchten folgende Erklärung: Vor einhalb Jahren, als die Dnjester-Grenze durch bolschewistische Truppen bedroht war, ersuchte Rumänien die Pariser Regierung um Ausrüstung und Munition. Frankreich erteilte eine günstige Antwort. Die Lieferungen sollten durch eine Anleihe von 100 Millionen Franks gedeckt werden. Die Anleihe wurde aber infolge einiger Formalitäten und Schwierigkeiten in dieser Frage Rumänien nicht zur rechten Zeit gegeben. Die heutige Lage ist aber eine andere, als sie im vorigen Jahre war, weshalb es die rumänische Regierung für zweckmäßig erachtet hat, auf die französische Anleihe überhaupt zu verzichten. Sie hat auch die Kommission, welche die Materiallieferungen übernehmen sollte, abberufen. Aus dieser Angelegenheit, sagt „Bittorial“, folge die Lehre, daß sich Rumänien niemals allzusehr auf die Hilfe seiner auswärtigen Freunde, sondern nur auf seine eigene Kraft verlassen soll.

**Getreide-Transit durch Polen.** Der polnische Ministerrat erwägt zurzeit, wie aus Warschau gemeldet wird, die Möglichkeit einer Ermäßigung der Eisenbahntarife für die Durchfuhr von Getreide aus Rußland und Rumänien nach Deutschland und Oesterreich.

**Die Arbeitslosigkeit in Rußland.** Nach den neuesten, offiziellen bisweilen nur summarischen Angaben hat die Zahl der in den Arbeitsnachweisen angemeldeten Arbeitslosen in Rußland zum 1. Dezember 1923 1.200.000 erreicht. Um die Bedeutung dieser Zahl erfassen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß die Gesamtzahl der Lohnempfänger (Arbeiter, Angestellte und Beamte) in Rußland etwa 6.000.000 erreicht. Eine Arbeitslosenunterstützung bekommt nur ein geringer Teil der Arbeitslosen, durchschnittlich im ganzen Lande etwa 16 Prozent.

**Devisenkurse.**

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for New York, Zurich, Berlin, and Wien.

**Prager Kurse am 29. Jänner.**

Table with gold and silver prices for various currencies like 100 holl. Gulden, 1 Million Mar., etc.

**Kunst und Wissen.**

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Mittwoch Gastspiel Moissi „Lebende Leichnam“; morgen Donnerstag „Die Czardasfürstin“; Freitag „Der Fürst von Pappenheim“; Samstag nachmittags vollständige Vorstellung „Die Journalisten“; abends Premiere „Der Schatzgräber“; Sonntag abends „Der Feldherrnhügel“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Mittwoch „Die kleine Sünderin“; morgen Donnerstag abends und Sonntag nachmittags „Der Muttergatte“; Freitag „Die deutschen Kleinstädter“; Samstag nachmittags „Dorine und der Zufall“; abends Gastspiel Else Lord-Meigner „Die Flamme“; Sonntag abends „Die schöne Mama“.

**Die Volksbuchhandlung**

**Ernst Sattler, Karlsbad**

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

**Alle Bücher**

liefert rasch und billig die

**Volksbuchhandlung Krcmser & Co., Teplice-Schönau,**

Theresienstraße 18-26

**Arbeitervorstellung „Madame Butterfly“.** Die beliebte Puccini-Oper „Madame Butterfly“ gelangt kommenden Sonntag, den 3. Feber im Neuen Theater, halb 3 Uhr, als Arbeitervorstellung zur Aufführung. Kartenverkauf bei Optiker Gen. Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

**Urania.**

„Hilfsreisen“, Kindermärchen-Nachmittag im Kino. Heute, 30. 3 Uhr. Etwas zum Staunen und Lachen! Dornoch: „Schattenbilder“ mit lustigen Versen. Erwachsene 4, Kinder 3 K; Logen 5 und 4 K.

„Die Kunst der Selbstkritik“ mit Lichtbildern. Dr. Bringshorn (Dresden). Donnerstag, 31. 8 Uhr. Die Bildnerlei der Selbstkritik war bisher ein unbekanntes Gebiet. Dr. B. hat nunmehr nachgewiesen, daß sie merkwürdiger Weise weniger pathologische Merkmale aufweist, als auffällige Zusammenhänge mit der Kunst der Primitiven. Karten 10 bis 3, Mitgl. 8 bis 2 K.

„Naturphilosophie.“ Univ.-Prof. Dr. Dingler (München). Freitag, 1. Feber, 8 Uhr. Hünler Vortrag in der „Philosophischen Vortragsreihe“. Karten 5, Mitgl. 4 K.

„Das Liebesleben in der Natur“ (mit einl. Vortrag). Der großartige Kulturfilm der heutigen Saison. Samstag, 2. 3 Uhr; Sonntag, halb 11 Uhr und Montag 8 Uhr (Kinosaal). Ein Einblick in das schöpferische Leben im gesamten Naturreich. Karten 3-12, Mitgl. 2-11 K. Nur für Erwachsene.

„Wanderung Kosmos“. Die Wanderfektion hat sich konstituiert und wird in aller nächster Zeit die Wanderfähigkeit aufnehmen. Urania-Mitglieder zahlen auf die Mitgliedskarte 5 20 K auf. Kosmos-Mitglieder genießen außer anderen Vorteilen Fahrpreisermäßigungen bei Gruppenfahrten von mindestens zehn Teilnehmern auf den tschech. Bahnen. 2551

**„Uran-Urania-Kino“.**

(Deutsches Kino.)

„Zwei Menschen“. Heute und morgen Donnerstag halb 6 und 8 Uhr. Dieser Film erregt das größte Interesse. Karten 3-12 K. Smedts 22. 2562

**Aus der Partei.**

**Jugendbewegung.**

Sozialistischer Jugendverband, Bezirk Ostba. Sonntag, den 3. Feber 1924 um halb 9 Uhr vormittags in Lehmanns Gasthaus in Arnsdorf Jahres-Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Eröffnung und Konstituierung, Berichte Vortrag des Genossen Fiedler (Bodenbach), Neuwahlen und Allgemeine Anträge.

**Turnen und Sport.**

Verzichtende Niederlage der tschechoslowakischen Eishockeymannschaft in Chamoni. Die Eishockeyspiele in Chamoni brachten Montag u. a. das Zusammenreffen der Tschechoslowakei mit Kanada; es endete mit einem überlegenen Siege der in glänzender Verfassung befindlichen kanadischen Mannschaft mit 30:0. Die Kanadier führten schon nach fünf Minuten mit 5:0. — Schweden gegen Schweiz 9:0. Amerika gegen Belgien 19:0.

**Mitteilungen aus dem Substitut.**

**Das Beste für Ihre Augen**

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Anzar

Rechenmaschinen, I. Edgar, Refazanta 2a. 2555

Verleger: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.



**Der lesende Arbeiter**

das ist der dankende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, religiöse Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt. Wardet Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“

Ausschneiden und einsenden.

Abonnements-Bestellschein. Abonniers ab 1924 monatlich 16 K — vierteljährlich 48 K — halbjährlich 96 K — ganzjährlich 192 K (nicht Zutreffendes durchstreichen) den

„Sozialdemokrat“ — Verwaltung Prag II., Havlickova nám. 32.

Form with fields for Vor- und Zuname, Beruf, Ort, Bezirk, Strasse und Nr.